Woche bis Freitag, den 20. Februar 2009

Marktinfo

Wöchentliche Marktübersicht

Inhalt

Internationale Finanzmärkte 2

Miserable Stimmung an den Märkten 2
Internationale Märkte 2

Internationale Aktienmärkte im Überblick 3

USA 4

Europa 5
Sitzungsprotokoll der Bank of England fällt düster aus 5

Asiatisch-Pazifischer Raum 6
Bank of Japan 7
Taiwans Notenbank reagiert auf verheerende BIP-Daten 7

Währungen 8

Ausgewählte Währungen – Wochenergebnisse 9

Indikatoren-Übersicht 10

Europa 10
Eurozone 10
Deutschland 10

Asiatisch-pazifischer Raum 11
Japan 11

Asiatisch-pazifischer Raum (ohne Japan) 12
Taiwan 12

USA 12
USA 12

Fazit und Ausblick 15

Vorausschau 15
23. – 27. Februar 2009 15

Wichtige Informationen 16

Quelle:
Die Informationen werden von Fidelitys Investment-Communication-Team zusammengestellt. Sie basieren auf einer großen Auswahl externer Quellen sowie auf Informationen, die Fidelitys Fondsmanager und Analysten zur Verfügung stellen. Fidelity übernimmt weder die Gewähr für den Inhalt der Informationen noch haftet Fidelity für etwaige Irrtümer, Fehler, Auslassungen oder widersprüchliche Angaben darin.

Internationale Finanzmärkte

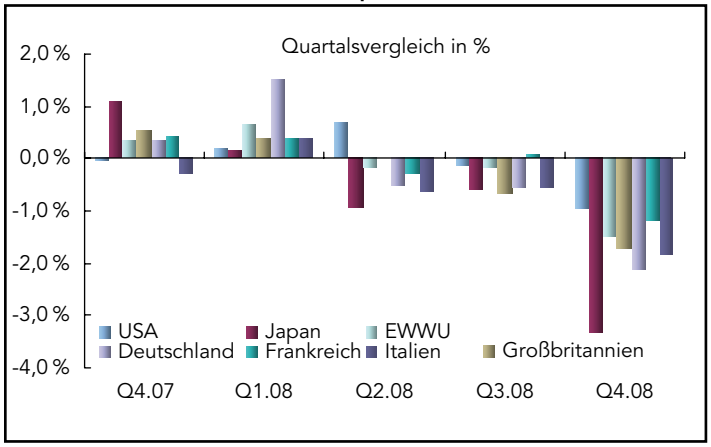
Von Anne D. Picker, Chefvolkswirtin, produziert von ECONODAY

Miserable Stimmung an den Märkten

Internationale Märkte

Der Pessimismus an den Börsen wird von den jüngsten Konjunkturdaten untermauert. Die Abbildung (links) veranschaulicht das in aller Deutlichkeit. Die wirtschaftliche Talfahrt der großen industriellen Volkswirtschaften ist nicht zu übersehen. Allerdings sind die Gründe für den Kollaps von Land zu Land verschieden. In Deutschland gab es beispielsweise weder eine Spekulationsblase am Immobilienmarkt noch die Schuldenproblematik wie in anderen Ländern, und trotzdem befindet sich die Wirtschaft im freien Fall. Die deutsche Wirtschaft ist in hohem Maße vom Export abhängig, der weltweit stark zurückgegangen ist. Japan hat vielfältige Probleme, aber vor allem die übermäßige Exportabhängigkeit hat dazu geführt, dass seine Wirtschaft im Rekordtempo schrumpft. Auch die Industrieproduktion ist in diesen Ländern eingebrochen – die Auslandsnachfrage ist versiegt, und die Inlandsnachfrage konnte das nicht wettmachen, sondern schrumpft ebenfalls.

BIP schrumpft überall



Nach Angaben der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) verzeichneten die entwickelten Volkswirtschaften der Welt im vierten Quartal den stärksten Produktionsrückgang seit fast einem halben Jahrhundert. Wie die Organisation mitteilte, verringerte sich das Bruttoinlandsprodukt ihrer 30 Mitgliedsstaaten um 1,5 % gegenüber dem dritten Quartal und um 1,1 % gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum. Es handelte sich um den größten Quartalsrückgang seit Beginn der Datenreihe im Jahr 1960 – das zeugt vom Ausmaß des wirtschaftlichen Abschwungs nach der Verschärfung der Finanzkrise im dritten Quartal.

Die pessimistischen Kommentare der Notenbanker zum wirtschaftlichen Umfeld waren auch nicht dazu angetan, Vertrauen zu schaffen. Stattdessen lösten Sorgen über den globalen Finanzsektor eine neue Welle der Risikoscheu aus. Zusätzlich erschütterte das Schreckgespenst der Verstaatlichung die Aktienmärkte – viele Anleger ergriffen die Flucht und verkauften Aktien des Finanzsektors.

Befürchtungen hinsichtlich der Weltwirtschaft und der Verfassung des Bankensystems sorgten für eine weiterhin erhöhte Risikoscheu der Anleger, während ein Strom trostloser Konjunkturdaten die düstere Stimmung an den Finanzmärkten weiter verstärkte. Analysten wiesen darauf hin, dass die G7-Finanzminister auf ihrem Treffen am Wochenende keine neuen Auswege aus der Finanzkrise gefunden hätten. Unterdessen dämpfte auch Skepsis hinsichtlich der Wirksamkeit der Pläne von Präsident Obama zur Konjunkturankurbelung die Risikofreudigkeit der Anleger.

Alle hier verfolgten Indizes verzeichneten in der vergangenen Woche deutliche Verluste. Diese reichten von 2,0 % (PSEi) bis 10,6 % (Kospi).

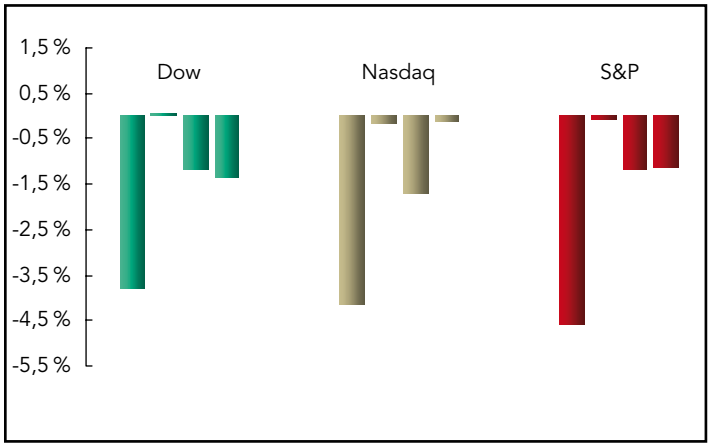
Internationale Aktienmärkte im Überblick

	Index	2008 31. Dezember	2009 20. Februar	2009 20. Februar	Veränderung in % Woche	 Jahr
Asien						
Australien	All Ordinaries	3.659,3	3.496,7	3.353,0	-4,1 %	-8,4 %
Japan	Nikkei 225	8.859,6	7.779,4	7.416,4	-4,7 %	-16,3 %
	Topix	859,2	764,6	739,5	-3,3 %	-13,9 %
Hongkong	Hang Seng	14.387,5	13.554,7	12.699,2	-6,3 %	-11,7 %
Südkorea	Kospi	1.124,5	1.192,4	1.066,0	-10,6 %	-5,2 %
Singapur	STI	1.761,6	1.705,6	1.594,9	-6,5 %	-9,5 %
China	Shanghai Composite	1.820,8	2.320,8	2.261,5	-2,6 %	24,2 %
Indien	Sensex 30	9.647,3	9.634,7	8.843,2	-8,2 %	-8,3 %
Indonesien	Jakarta Composite	1.355,4	1.338,7	1.296,9	-3,1 %	-4,3 %
Malaysia	KLSE Composite	876,8	909,8	889,7	-2,2 %	1,5 %
Philippinen	PSEi	1.872,9	1.919,7	1.881,4	-2,0 %	0,5 %
Taiwan	Taiex	4.591,2	4.592,5	4.436,9	-3,4 %	-3,4 %
Thailand	SET	450,0	445,8	434,7	-2,5 %	-3,4 %
Europa						
Großbritannien	FTSE 100	4.434,2	4.189,6	3.889,1	-7,2 %	-12,3 %
Frankreich	CAC	3.218,0	2.997,9	2.750,6	-8,2 %	-14,5 %
Deutschland	XETRA DAX	4.810,2	4.413,4	4.014,7	-9,0 %	-16,5 %
Nordamerika						
USA	Dow	8.776,4	7.850,4	7.365,7	-6,2 %	-16,1 %
	NASDAQ	1.577,0	1.534,4	1.441,2	-6,1 %	-8,6 %
	S&P 500	903,3	826,8	770,1	-6,9 %	-14,7 %
Kanada	S&P/TSX Comp.	8.987,7	8.678,1	7.950,0	-8,4 %	-11,5 %
Mexiko	Bolsa	22.380,3	19.368,1	18.324,2	-5,4 %	-18,1 %

USA

Die amerikanischen Aktienmärkte verzeichneten in der vergangenen Woche erhebliche Kursverluste – den unablässigen Strom schlechter Nachrichten konnten die Anleger nicht mehr verkraften. Zu groß waren die Skepsis über das gerade verabschiedete Konjunkturpaket und die Ungewissheit im Hinblick auf den Rettungsplan für den Bankensektor. Die Konjunkturdaten fielen schauderhaft aus: Die Eigenheimpreise sanken erneut kräftig, während die Arbeitslosigkeit weiter zunahm. Die Industrieproduktion schrumpfte (auch wenn der Rückgang erheblich geringer ausfiel als in Deutschland und Japan).

Die Woche an der US-Börse



Als sich am Freitag die Besorgnis der Anleger über die mögliche Verstaatlichung wichtiger amerikanischer Banken in Windeseile an den Börsen in den USA – und in anderen Teilen der Welt – verbreitete, löste das eine Verkaufswelle aus. Die US-Indizes konnten ihre Verluste jedoch zum Teil wieder ausgleichen, nachdem sich einige hochrangige Vertreter der Banken und der Obama-Administration bemüht hatten, die Gerüchte über eine Übernahme der unter Druck geratenen Geldinstitute durch die Regierung zum Verstummen zu bringen. An den vorangegangenen Tagen waren Dow, Nasdaq und S&P 500 indessen bereits so deutlich gefallen, dass sie die Woche mit Einbußen von 6,2 %, 6,1 % beziehungsweise 6,9 % beendeten.

Wie aus dem Protokoll der Januar-Sitzung des Offenmarktausschusses (FOMC) hervorgeht, wird es immer wahrscheinlicher, dass die Federal Reserve demnächst ein Inflationsziel definiert. Erstmals veröffentlichte die US-Notenbank langfristige Prognosen für Wachstum, Arbeitslosigkeit und Preisauftrieb – Letzteres ist de facto ein Inflationsziel. Offenbar streben die Währungshüter auf lange Sicht eine Teuerungsrate von 1,7 – 2 % an. Der Unterschied zum Inflationsziel der Europäischen Zentralbank (EZB) von knapp 2 % ist nicht groß. Anders als die meisten anderen Zentralbanken, die die Inflationsrate anhand unterschiedlicher Verbraucherpreisindizes ermitteln, setzt die Fed jedoch auf den Deflator der privaten Konsumausgaben (PCE-Deflator) und den Kernindex, für dessen Ermittlung die Preise für Lebensmittel und Energie ausgeklammert werden.

Die Inflationsprognose, so erklärte der Fed-Vorsitzende Ben Bernanke, lasse erkennen, welche Teuerungsrate „nach Ansicht der FOMC-Mitglieder mit dem vom Kongress erteilten dualen Mandat am besten in Einklang zu bringen" sei. Dieser Zielwert stellt jedoch kein offizielles Inflationsziel wie bei den meisten anderen wichtigen Zentralbanken dar. Es handelt sich also weniger um ein vereinbartes Zielband als vielmehr um eine Spanne von Zielen der einzelnen Ausschussmitglieder. Überwiegend peilen die Fed-Vertreter einen Preisauftrieb von 2 % an, während manche Zielwerte von 1,75 % oder 1,5 % befürworten. Dieses faktische Inflationsziel könnte sich überdies mit der Zeit verschieben, wenn sich die FOMC-Zusammensetzung ändert.

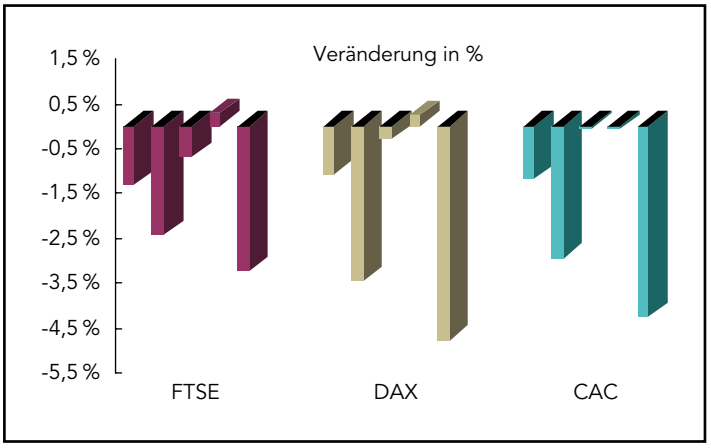
Seine Wachstumsprognose für 2009 senkte der FOMC gegenüber einer Schätzung vom Oktober drastisch, während er die Vorhersage für die Arbeitslosigkeit um mehr als einen vollen Prozentpunkt nach oben korrigierte. Bernanke nannte die jüngsten Konjunkturdaten „trostlos" und sagte zu, die Fed werde „im Rahmen ihrer Zuständigkeit weiterhin alles tun, um dazu beizutragen, die finanzielle Stabilität und den Wohlstand des Landes so schnell wie möglich wieder herzustellen."

Die zentrale Tendenz, die die Meinung des überwiegenden Teils der Ausschussmitglieder wiedergibt, lässt nach der neuen Prognose für dieses Jahr einen BIP-Rückgang von 0,5 % bis 1,3 % erwarten, während die Arbeitslosenquote im vierten Quartal zwischen 8,5 % und 8,8 % liegen soll. Die Währungshüter senkten auch ihre Vorhersage für den Preisauftrieb. Die Kerninflation (ohne Lebensmittel und Energie) soll danach zwischen 0,9 % und 1,1 % betragen.

Europa

FTSE und DAX sanken an vier von fünf, der CAC an allen fünf Handelstagen der vergangenen Woche. Sollten die Anleger noch einen Rest Vertrauen gehabt haben, so fiel dieser den erneut zahlreichen Signalen zum Opfer, die einen weiteren Konjunkturrückgang in Europa und anderswo erwarten lassen. Die Befürchtung, dass sich die Situation in den USA weiter verschlechtern könnte, und die neuerliche Sorge um die zentral- und osteuropäischen Volkswirtschaften schürten die Furcht der Anleger vor einer Vertiefung der weltweiten Rezession. Neuen Maßnahmen von Regierungen zur Ankurbelung der Konjunktur begegneten die Märkte mit Skepsis.

FTSE, DAX und CAC



Die Rezession in der Eurozone – bereits die schwerste seit Kriegsende – hat sich weiter vertieft, wie die Umfragen unter Einkaufsmanagern erkennen ließen, deren Ergebnisse unerwartet pessimistisch ausfielen. Die Umstände, unter denen sich die europäischen Staatschefs am Wochenende in Berlin trafen, waren somit wenig erfreulich. Das Treffen diente zum einen dazu, die weltweiten Bemühungen zur Eindämmung der Krise zu koordinieren und sollte die Beobachter außerdem in der Erwartung bestärken, dass die EZB weitere deutliche Zinssenkungen plant.

Der FTSE brach am Freitag um 3,2% ein und pendelte dann in der Nähe der 4000-Punkte-Marke. Der britische Leitindex hatte zuletzt am 21. November 2008 unterhalb von 4000 Punkten geschlossen. Ausgelöst hatte den Kursrutsch eine Lawine schlechter Nachrichten. So hatte unter anderem der Bergbaukonzern Anglo American bekannt gegeben, dass er die Zahlung von Dividenden aussetzen werde, woraufhin die Kurse im Bergbausektor eingebrochen waren. Die Aktie von British Airways sank, nachdem die Rating-Agentur Moody's die Bonitätseinstufung des Wettbewerbers Quantas gesenkt hatte.

An den europäischen Aktienmärkten fielen die Kurse in der vergangenen Woche so tief wie zuletzt vor rund fünf Jahren. Hintergrund war unter anderem die Angst, dass zwei wichtige US-Banken möglicherweise verstaatlicht werden müssen. Einen Kurseinbruch verzeichneten auch Schweizer Bankaktien. Ein Grund dafür war die Sorge, dass die US-Behörden das internationale Geschäft von UBS genauer untersuchen könnten. Zum anderen fürchteten die Anleger, dass die Schweiz ihren Status als eines der Zentren der privaten Vermögensverwaltung verlieren könnte, da viele Regierungen offenbar zunehmend bereit sind, gegen die Steuerflucht ins Ausland vorzugehen.

Der FTSE verschlechterte sich im Wochenergebnis um 7,2%, während CAC und DAX um 8,2% beziehungsweise 9,0% sanken.

Sitzungsprotokoll der Bank of England fällt düster aus

Der geldpolitische Ausschuss der Bank of England (BoE) beschloss auf seiner Sitzung mit 8:1 Stimmen, den Leitzins um einen halben Prozentpunkt auf 1% zu senken. Des Weiteren entschied der Ausschuss einstimmig, dass sich Notenbankgouverneur Mervyn King an Finanzminister Alistair Darling wenden und diesen um Erlaubnis ersuchen solle, die Geldmenge durch Käufe britischer Staatsanleihen (Gilts) und anderer Wertpapiere zu erhöhen. Im Sitzungsprotokoll hieß es unter anderem, dass es „im gegenwärtigen Umfeld, in dem einzelne Kreditmärkte nicht wie gewohnt funktionieren", geboten sei, „über eine Erweiterung der Zentralbankgeldmenge auch durch eher unkonventionelle Wertpapierkäufe nachzudenken."

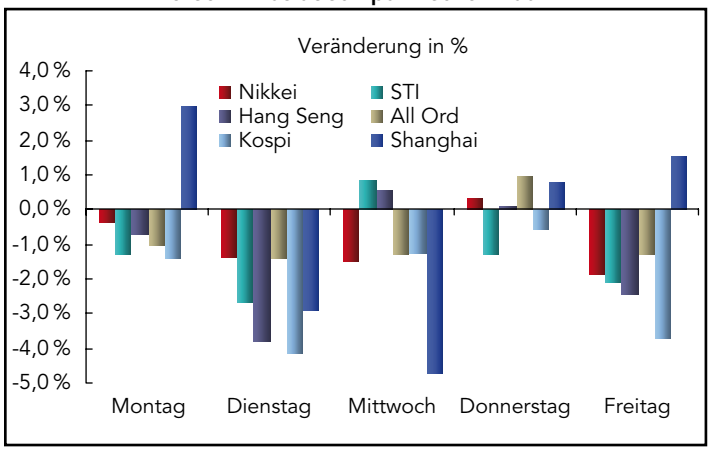
Das Protokoll ließ zudem erkennen, dass die Zinssenkung deutlicher ausgefallen wäre, hätte dem nicht die Befürchtung entgegengestanden, dass darunter das Kreditgeschäft der Banken leiden würde. Einige Ausschussmitglieder wiesen darauf hin, dass Banken und Bausparkassen eine Spanne zwischen den Zinssätzen für Einlagen und Ausleihungen aufrechterhalten haben, um ihre Geschäftskosten zu decken und weiterhin Kapitalerträge zu erzielen. Sollten die Einlagenzinsen jedoch auf null sinken, würde diese Spanne durch jede Senkung der Kreditzinsen verringert werden. Die Kreditvergabe dürfte dadurch eher gebremst als gefördert werden – mit möglicherweise negativen Folgen für die gesamte Wirtschaft.

Die Wachstumsrisiken, so merkten einige Mitglieder an, seien vor allem nach unten gerichtet. Zur Begründung verwiesen sie in erster Linie auf die Gefahr, dass sich die Verfügbarkeit von Krediten sowie das Geschäftsklima und das Verbrauchervertrauen möglicherweise trotz aller Anstrengungen der Regierungen in Großbritannien und anderswo nicht entscheidend verbessert.

Asiatisch-pazifischer Raum

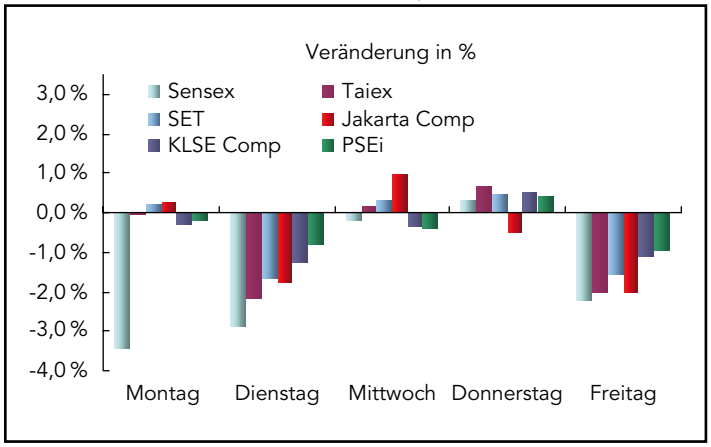
Wie auch in anderen Teilen der Welt ging es an den Börsen im asiatisch-pazifischen Raum in der vergangenen Woche abwärts. Die Anleger waren beunruhigt über die zunehmende Eintrübung der globalen Konjunktur und sorgten sich um die Gesundheit des Finanzsektors. An den in der Region veröffentlichten Konjunkturdaten ließen sich die Auswirkungen des Nachfragerückgangs in Nordamerika und Europa erneut deutlich ablesen. Der Topix ging auf dem niedrigsten Stand seit dem 5. Januar 1984 aus dem Handel. Und obwohl der Yen gegenüber dem Dollar nachgegeben hatte, fielen die Automobil- und Exportwerte. Auch andere Aktienmärkte der Region, darunter der australische, schlossen deutlich im Minus – besorgt über die weltweit unsichere konjunkturelle Lage und den Zustand der Finanzbranche hatten die Marktteilnehmer viele Positionen bereits vor dem Wochenende abgestoßen. In Südkorea fielen die Kurse ebenfalls deutlich, als ausländische Anleger ihre Positionen glattstellten. Zuvor war der Won gegenüber dem US-Dollar auf den niedrigsten Stand seit drei Monaten gefallen. Dahinter standen Befürchtungen, koreanische Banken könnten bei der Kapitalbeschaffung im Ausland auf Schwierigkeiten stoßen. Und selbst wenn die Kursbarometer im Wochenverlauf einmal anzogen, sorgten die schlechten Aussichten für die Weltkonjunktur und die schwachen Zahlen aus den USA meist für zu viel Nervosität, um einen stärkeren Anstieg zu ermöglichen.

Börsen im asiatisch-pazifischen Raum



Der japanische Aktienmarkt wurde durch die überaus schwachen BIP-Daten für das vierte Quartal erschüttert. Die zaghaften Bemühungen der japanischen Regierung zur Ankurbelung der schwächelnden Konjunktur erhielten (ebenso wie die ohnehin dürftige Unterstützung auf politischer Ebene) einen weiteren Dämpfer, als Finanzminister Shoichi Nakagawa zurücktreten musste, nachdem er infolge eines fragwürdigen Auftritts anlässlich des G7-Gipfels in Rom stark unter Druck geraten war. Bislang scheiterte jeder Versuch, der Krise durch finanzpolitische Mittel zu begegnen, an der verfahrenen politischen Situation in Japan.

Weitere Börsen im asiatisch-pazifischen Raum

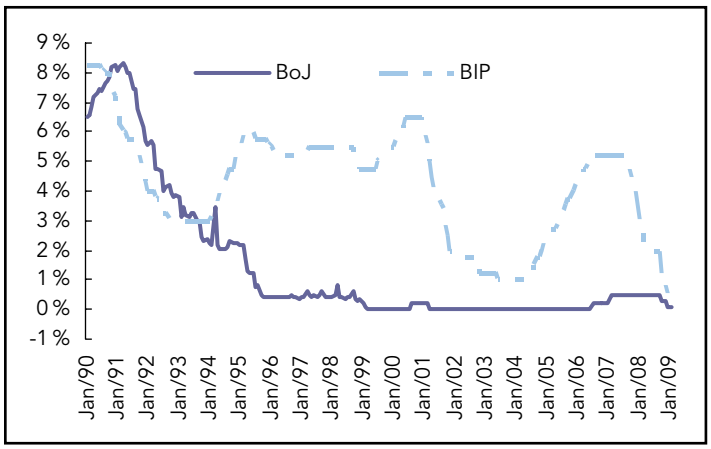


Die Bank of Japan (BoJ) beschloss zwar neue Maßnahmen zur Stützung des Finanzsystems, änderte ihre Einschätzung der wirtschaftlichen Lage jedoch nicht – die konjunkturelle Eintrübung wird sich danach vorerst fortsetzen. Bei den Ausfuhren erwartet die Notenbank aufgrund des Abschwungs in anderen Teilen der Welt und der Yen-Aufwertung einen weiteren Rückgang. Allerdings werde auch die Nachfrage der japanischen Verbraucher weiter abnehmen, da sinkende Erträge und schwierigere Kreditbedingungen für japanische Unternehmen eine zunehmende Verschlechterung der Arbeitsmarkt- und Einkommenssituation nach sich ziehen dürften. Auch bei den öffentlichen Investitionen sei keine entscheidende Zunahme zu erwarten. Angesichts des zu erwartenden Nachfragerückgangs und bedingt durch den wachsenden Druck auf die Unternehmen, ihre Lagerbestände anzupassen, wird wohl auch die Industrieproduktion weiter sinken.

Bank of Japan

Der geldpolitische Ausschuss der BoJ beschloss einstimmig, den Leitzins nicht weiter zu senken, sondern wie erwartet im dritten Monat in Folge unverändert bei 0,1 % zu lassen. Die Währungshüter wollen jedoch zusätzliche Maßnahmen ergreifen, um den Unternehmen des Landes den Zugang zu Fremdmitteln erleichtern. Japanischen Banken bietet die BoJ bereits Kredite zu niedrigen Zinsen und akzeptiert als Sicherheit Unternehmensanleihen und kurzfristige Schuldverschreibungen (Commercial Paper) – letztere kauft die Notenbank inzwischen auch selbst. Die BoJ hat bereits ein Programm zum Kauf von Commercial Paper im Wert von 3 Billionen Yen (32 Mrd. USD) aufgelegt und die Anforderungen an von Banken als Sicherheit eingebrachte Unternehmensanleihen gesenkt, sodass sie Kredite mittlerweile auch gegen Papiere mit schlechterem Rating vergibt. Diese Maßnahmen sollten eigentlich nur bis zum 30. April beziehungsweise 31. März laufen, wurden nun jedoch bis zum 30. September verlängert. Angesichts ihrer deutlich gesunkenen Bonität stünden viele Unternehmen bei der Beschaffung von Mitteln anderenfalls vor großen Schwierigkeiten.

Leitzins der BoJ weiter bei 0,1 %



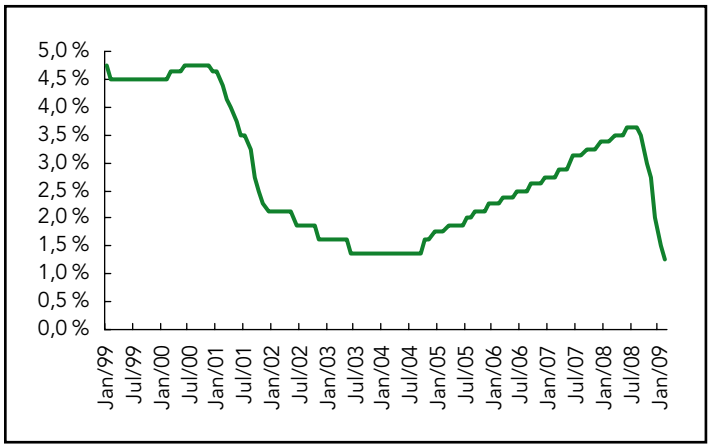
In ihrer Stellungnahme erläuterte die BoJ einen Plan zum Kauf von Unternehmensanleihen aus den Beständen japanischer Banken. Die Notenbank erklärte, dass sie für 1 Billion Yen Anleihen mit einem Rating von „A" oder höher kaufen werde – pro Emittent solle jedoch eine Summe von 50 Milliarden nicht überschritten werden. Außerdem, so die BoJ weiter, werden sich japanische Unternehmen über die entsprechende Kreditfazilität zukünftig nicht nur zweimal im Monat, sondern wöchentlich Liquidität beschaffen können.

Die Konjunkturaussichten zeigten sich unterdessen unverändert düster. Das Bruttoinlandsprodukt brach im vierten Quartal um 12,7 % (auf das Jahr hochgerechnet) ein und soll Schätzungen zufolge im ersten Quartal 2009 um weitere 10,8 % schrumpfen – damit fiele der BIP-Rückgang im zweiten Quartal in Folge zweistellig aus. Im vierten Quartal sank die japanische Wirtschaftsleistung so deutlich wie zuletzt während der ersten Ölkrise vor über 35 Jahren. Die Industrieproduktion geht rapide zurück – noch schneller sinkt allerdings die Nachfrage, während gleichzeitig die Lagerbestände wachsen. Der Höhenflug des Yen hat die Situation für die japanischen Exporteure noch verschärft, vor allem im Hinblick auf das Ende des Geschäftsjahrs am 31. März, das immer näher rückt. Zusätzlich erschwert wird die Lage durch die politische Blockade der Regierung, die jede sinnvolle Maßnahme zur konjunkturellen Wiederbelebung verhindert. Bislang hat sich die Regierung gescheut, die Binnennachfrage anzuschieben und dadurch die Exportabhängigkeit des Landes angesichts der Rezession auf den Absatzmärkten zu verringern.

Taiwans Notenbank reagiert auf verheerende BIP-Daten

Die Zentralbank der Republik China in Taiwan (CBC) setzte ihren Diskontsatz um einen Viertelprozentpunkt auf 1,25 % herab – das war bereits die siebte Zinssenkung seit September 2008. Insgesamt hat die CBC die Zinsen inzwischen um 2,375 Prozentpunkte zurückgenommen. Zur Begründung verwiesen die Währungshüter auf die Abschwächung der Weltwirtschaft und den daraus folgenden Rückgang der Binnennachfrage bei gleichzeitig rasch nachlassendem Inflationsdruck. So zielte der letzte Zinsschritt darauf ab, die Finanzierungskosten für Privathaushalte und Unternehmen zu senken und dadurch die Nachfrage auf dem heimischen Markt zu stärken. Das taiwanische Bruttoinlandsprodukt schrumpfe im vierten Quartal um 8,4 %, hauptsächlich wegen des Einbruchs beim Export und bei den Unternehmensinvestitionen. Für Taiwan ist es die erste Rezession seit dem Platzen der Technologieblase im Jahr 2001. Die Ausfuhren, die 70 % des BIP ausmachen, sollen 2009 Schätzungen zufolge um 20,1 % sinken. Noch deutlicher dürfte mit über 28 % der Rückgang der Unternehmensinvestitionen ausfallen.

Taiwan senkt erneut Zinsen

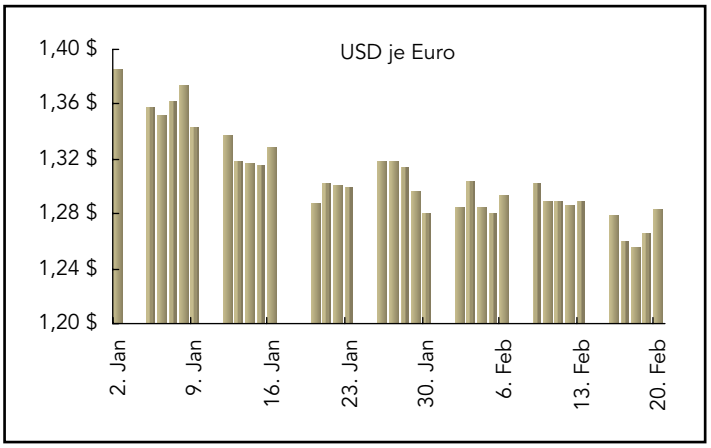


Währungen

Die Devisenmärkte waren in der vergangenen Woche von Schwankungen gekennzeichnet. Der Euro blieb gegenüber dem US-Dollar allerdings nahezu unverändert, während der Yen nachgab. Die Anleger, die angesichts fallender Aktienkurse auf der Suche nach einem sicheren Hafen sind, suchten Zuflucht im Dollar und in Gold. Der Preis für eine Feinunze Gold, der zwischenzeitlich die Schwelle von 1.000 $ überschritten hatte, lag im Londoner Nachmittags-Fixing am Freitag bei 989 $.

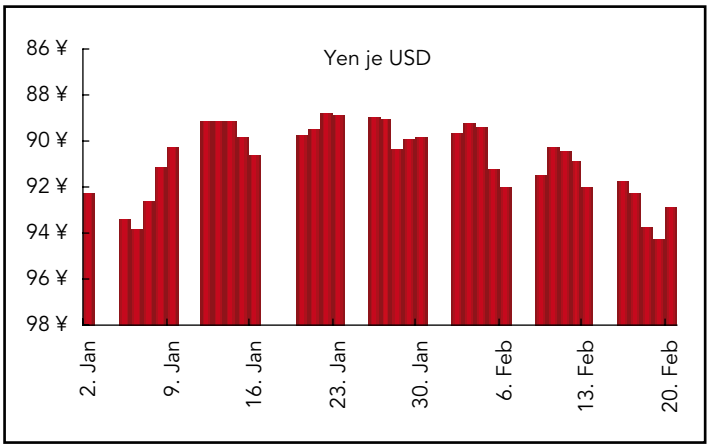
Der Euro verlor im Wochenverlauf an Boden. Grund dafür war die Sorge, dass die Unruhen an den osteuropäischen Finanzmärkten auch die Wirtschaft der Eurozone in Mitleidenschaft ziehen könnten. Der Druck auf den Euro schwächte sich jedoch etwas ab, nachdem der deutsche Finanzminister Steinbrück erklärt hatte, Deutschland werde etwaige Notmaßnahmen zum Schutz des Euroraums unterstützen, falls einer der Mitgliedsstaaten zu tief in Schwierigkeiten geraten sollte, um seine Schulden refinanzieren zu können. In den letzten Wochen haben der europäischen Gemeinschaftswährung vor allem die Besorgnis über die Situation der Länder am Rande der Eurozone und die Angst vor den Auswirkungen der Krise in Osteuropa zu schaffen gemacht.

Der Euro in 2009



Die negative Korrelation des Yen mit den internationalen Aktienmärkten kippte in der vergangenen Woche, als der Yen trotz des Kurseinbruchs an den Börsen nachgab. Dabei machte sich zunehmend das Gefühl breit, dass die japanische Währung ihre Attraktivität als sicherer Hafen verliert. Viele Marktteilnehmer halten den Yen für überbewertet und fürchten, dass sich dies zum Ende des Geschäftsjahrs am 31. März negativ auf die „repatriierten" Gewinne japanischer Unternehmen auswirken wird. Die Yen-Stärke hat der japanischen Wirtschaft geschadet – das Land befindet sich in der schwersten Rezession seit der Ölkrise von 1974.

Yen im Wochenverlauf schwächer



Ausgewählte Währungen – Wochenergebnisse

	Index	2008	2009		Veränderung in %	
		31. Dezember	20. Februar	20. Februar	Woche	2009
USD je Währungseinheit						
Australien	Australischer Dollar	0,686	0,657	0,646	-1,7%	-9,2%
Neuseeland	Neuseeländischer Dollar	0,579	0,524	0,511	-2,5%	-13,0%
Kanada	Kanadischer Dollar	0,819	0,810	0,800	-1,2%	-2,6%
Eurozone	Euro	1,405	1,289	1,284	-0,4%	-8,1%
Großbritannien	Britisches Pfund	1,467	1,440	1,443	0,2%	-1,1%
Währungseinheit je USD						
China	Yuan	6,841	6,833	6,836	0,0%	-0,2%
Hongkong	Hongkong-Dollar*	7,750	7,753	7,754	0,0%	-0,1%
Indien	Rupie	48,435	48,600	49,730	-2,3%	-2,1%
Japan	Yen	90,607	91,964	93,075	-1,2%	-2,5%
Malaysia	Ringgit	3,479	3,610	3,684	-2,0%	-6,3%
Singapur	Singapur-Dollar	1,450	1,507	1,529	-1,4%	-6,3%
Südkorea	Won	1.299,550	1.406,800	1.515,000	-7,1%	-16,9%
Taiwan	Taiwan-Dollar	33,050	34,040	34,750	-2,0%	-5,6%
Thailand	Baht	34,975	35,155	35,725	-1,6%	-2,7%
Schweiz	Schweizer Franken	1,068	1,161	1,153	0,7%	-7,5%

*An den USD gekoppelt;
Quelle: Bloomberg,

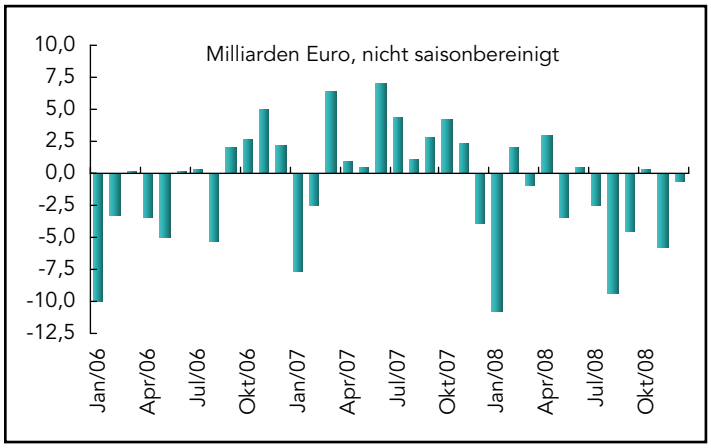
Indikatoren-Übersicht

Europa

Eurozone

Das Warenhandelsdefizit der Eurozone schrumpfte im Dezember saisonbereinigt auf 0,3 Mrd. €. Der Wert für November wurde auf 4,0 Mrd. € nach unten korrigiert. Die Exporte verringerten sich ebenso wie die Importe. Die Ausfuhren gingen um 0,9 % im Vormonats- und um 2,0 % im Vorjahresvergleich zurück, während die Einfuhren mit 3,9 % beziehungsweise 5,0 % noch deutlicher sanken. Auf unbereinigter Basis betrug das Handelsbilanzdefizit 650 Mio. €. Auch hier verringerte sich das Export- wie auch das Importvolumen. Die Ausfuhren sanken gegenüber November um 5,3 %, die Einfuhren um 2,1 %.

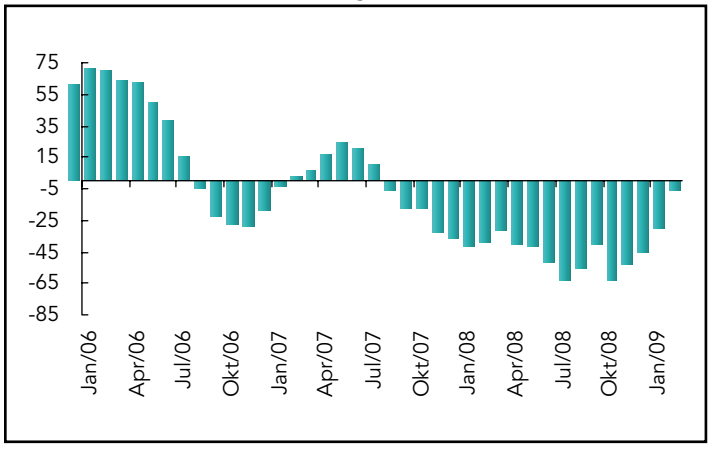
Warenhandel



Deutschland

Der ZEW-Index der Konjunkturerwartungen schnellte im Februar auf -5,8 Punkte in die Höhe (höchster Wert seit Juli 2007), nachdem er im Januar noch bei -31 Punkten gelegen hatte. Dagegen verschlechterte sich die Komponente, die die Einschätzung der aktuellen Situation erfasst, um weitere 9,1 Punkte auf nur noch -86,2, den niedrigsten Stand seit Oktober 2003. Die deutliche Verbesserung der Erwartungskomponente erscheint zwar auf den ersten Blick vielversprechend – betrachtet man sie jedoch im Kontext des langjährigen Durchschnittswerts von 26,4 Punkten, wirkt sie um einiges weniger eindrucksvoll.

ZEW-Erwartungen verbessert

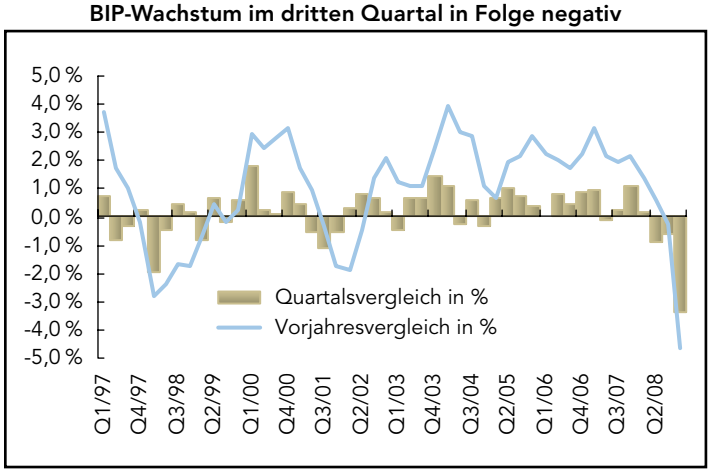


Asiatisch-pazifischer Raum

Japan

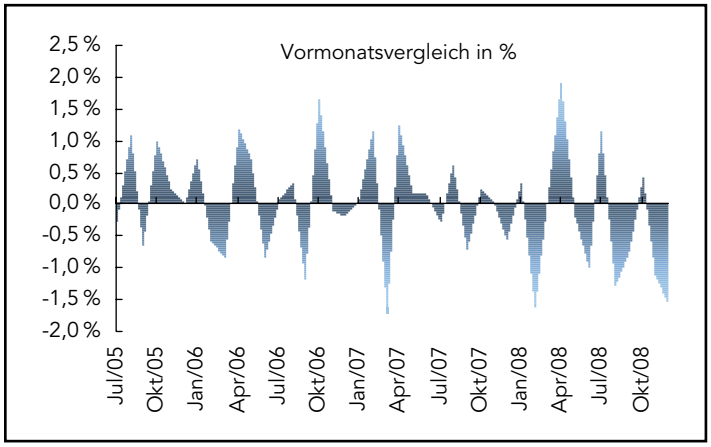
Das japanische Bruttoinlandsprodukt schrumpfte im vierten Quartal nach vorläufigen Schätzungen noch deutlicher als erwartet. Das BIP verringerte sich um 3,3 % gegenüber dem Vorquartal und um 4,6 % verglichen mit dem Vorjahreszeitraum. Auf das Jahr hochgerechnet brach die Wirtschaftsleistung um 12,7 % ein. Das BIP sank damit im dritten aufeinander folgenden Quartal – nun rächt es sich, dass wirtschaftliche Reformen in den vergangenen zehn Jahren ausgeblieben sind, während gleichzeitig die Abhängigkeit des Wirtschaftswachstums vom Export zugenommen hat. Der BIP-Rückgang umfasste die meisten Bereiche: Die Binnennachfrage sank gegenüber dem Vorquartal um insgesamt 3 %, die Verbrauchernachfrage um 0,6 %. Die privaten Investitionen (ohne Wohnungsbau) verringerten sich um 5,3 %, während die privaten Wohnungsbauinvestitionen um 5,7 % zulegten. Die Bruttoanlageinvestitionen, zu denen auch Wohnungsbauinvestitionen, private Investitionen außerhalb des Wohnbereichs sowie Investitionen der öffentlichen Hand gehören, sanken insgesamt um 2,9 %. Das Ausfuhrvolumen fiel um 13,9 % gegenüber dem dritten Quartal und um 45 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum – ein Einbruch, der die gesamte Wirtschaft mit sich riss.

BIP-Wachstum im dritten Quartal in Folge negativ



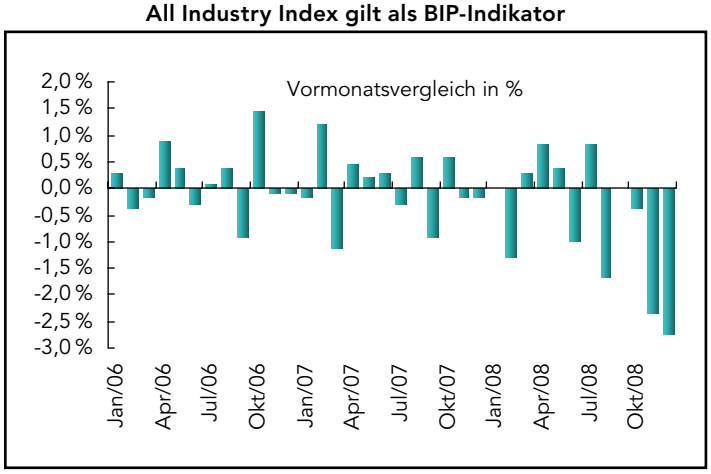
Der Index für den „tertiären Sektor" sank im Dezember um 1,6 % im Vergleich zum Vormonat und um 3,6 % gegenüber Dezember 2007. Beiträge zum Rückgang des Index gegenüber dem Vormonat leisteten unter anderem die Bereiche Groß- & Einzelhandel (-3,5 %), Finanzen & Versicherungen (-2,7 %), Information & Kommunikation (-3,9 %), Medizin, Gesundheit & Soziales (-1,7 %) und Transport (-3,5 %). Zuwächse zeigten sich dagegen in den Kategorien Dienstleistungen (1,9 %), Immobilien (2,2 %) und Gastronomie & Hotellerie (2,1 %).

„Tertiary Index" fährt weiter Zickzack



Der branchenübergreifende Konjunkturindex („All Industry Index") fiel im Dezember um 2,7 % gegenüber dem Vormonat, nachdem er im November um 2,4 % nachgegeben hatte. Verglichen mit dem Vormonat sank der Index um 7,0 %. Analysten waren von einem Rückgang um 3,0 % gegenüber dem Vormonat ausgegangen. Der Index für den tertiären Sektor, eine Hauptkomponente des „All-Industry Index", sank um 1,6 % im Vormonats- und um 3,6 % im Vorjahresvergleich. Der Index, der als guter Anhaltspunkt für das BIP-Wachstum (gemessen als Output von Industrie und Dienstleistungssektor) gilt, berücksichtigt neben den elf Dienstleistungsbranchen, aus denen der Index für den tertiären Sektor gebildet wird, auch das Baugewerbe, Landwirtschaft & Fischerei sowie den öffentlichen Sektor und die Industrie.

All Industry Index gilt als BIP-Indikator

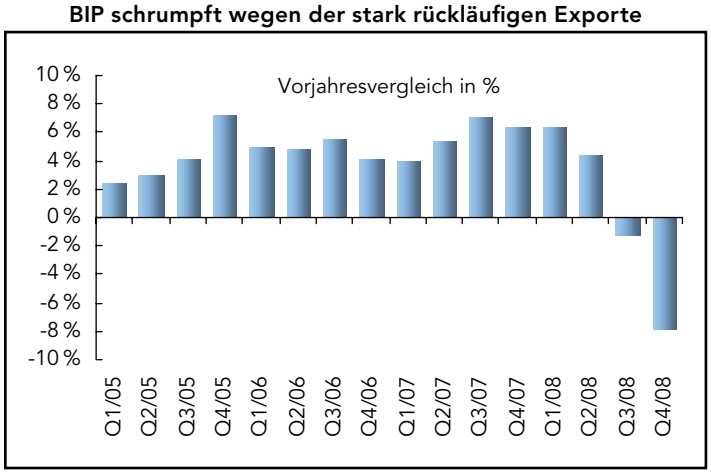


Asiatisch-pazifischer Raum (ohne Japan)

Taiwan

Das Bruttoinlandsprodukt schrumpfte im vierten Quartal um 8,4% im Vorjahresvergleich. Saisonbereinigt sank das BIP real um 7% gegenüber dem dritten Quartal und um 7,9% verglichen mit dem Vorjahreszeitraum. Trotz des drastischen Einbruchs im Schlussquartal registrierte Taiwan für das Gesamtjahr 2008 ein BIP-Wachstum von 0,12%.

BIP schrumpft wegen der stark rückläufigen Exporte

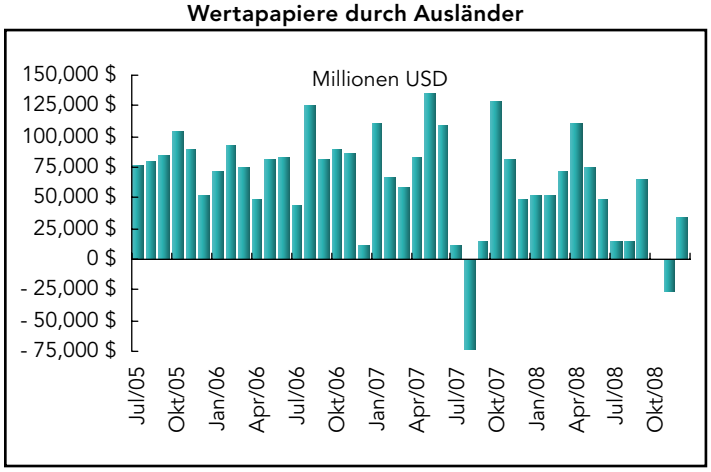


USA

USA

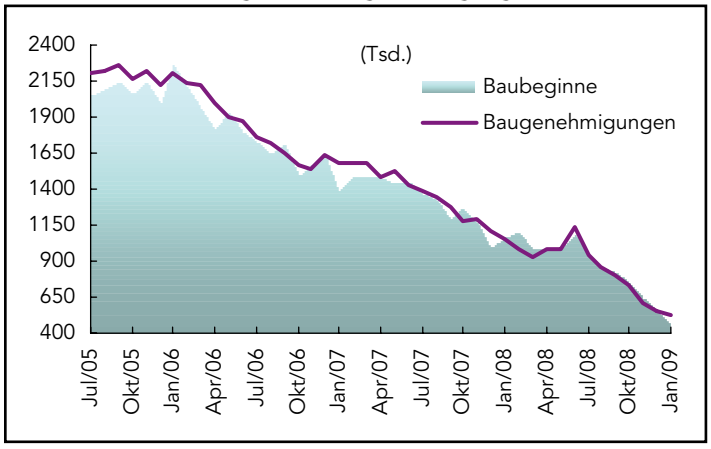
Der Nettokapitalzufluss aus dem Ausland in langfristige US-Wertpapiere wuchs im Dezember auf 34,8 Mrd. $ an. In den beiden vorangegangen Monaten war er dagegen merklich zurückgegangen, da viele ausländische Anleger ihr langfristiges Geld abgezogen hatten, nachdem im September die Kreditkrise über die Märkte hereingebrochen war. Bei den langfristigen Anleihen öffentlicher Institutionen (Agency Bonds) wurde allerdings ein kräftiger Nettokapitalabfluss von 37,5 Mrd. $ verzeichnet – hier setzten sich die Glattstellungen im dritten Monat in Folge fort. Bei langfristigen US-Staatsanleihen waren ausländische Anleger dagegen Nettokäufer (15,0 Mrd. $). Die chinesischen Bestände an amerikanischen Staatsanleihen erhöhten sich gegenüber dem Vormonat geringfügig auf 22,3% der ausländischen Bestände insgesamt, während die japanischen Bestände leicht auf 18,5% zurückgingen. Bei amerikanischen Aktien wurde bereits im zweiten aufeinander folgenden Monat wieder ein Nettokapitalzufluss registriert, wenngleich dieser mit 3,8 Mrd. $ recht schwach ausfiel. Interessanterweise orderten ausländische Anleger in großem Umfang amerikanische Unternehmensanleihen. Berücksichtigt man auch kurzfristige Papiere, erhöhte sich der Nettozufluss im Dezember auf 74,0 Mrd. $.

Saldo der Käufe/Verkäufe langfristiger Wertapapiere durch Ausländer



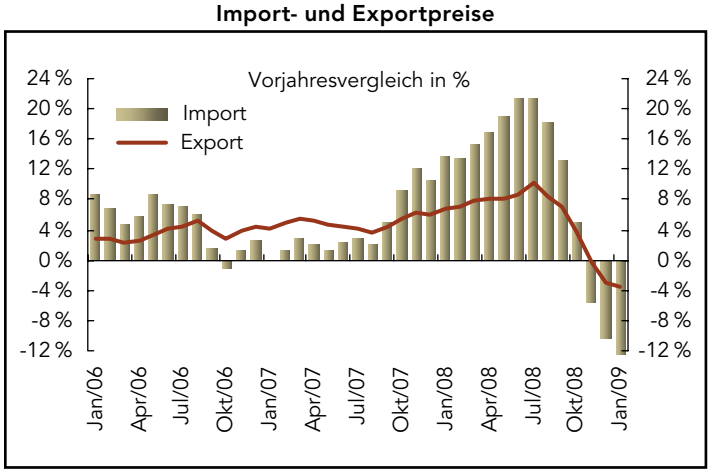
Die Zahl der Baubeginne fiel im Januar deutlich um 16,8% im Vormonats- und um 56,2% im Vorjahresvergleich auf 0,466 Mio. (aufs Jahr hochgerechnet). Bei Mehrfamilienhäusern war ein Einbruch um 27,9% zu beobachten, bei Einfamilienhäusern ein Rückgang von immerhin 12,2%. Die Zahl der Baugenehmigungen sank um 4,8% im Vergleich zum Vormonat und um 50,5% gegenüber Januar 2008 auf 0,521 Mio. (aufs Jahr hochgerechnet). Klaffen die Zahl der Baubeginne und die der Baugenehmigungen derart weit auseinander, sind allerdings in der Regel Witterungseinflüsse der Grund.

Baubeginne und -genehmigungen



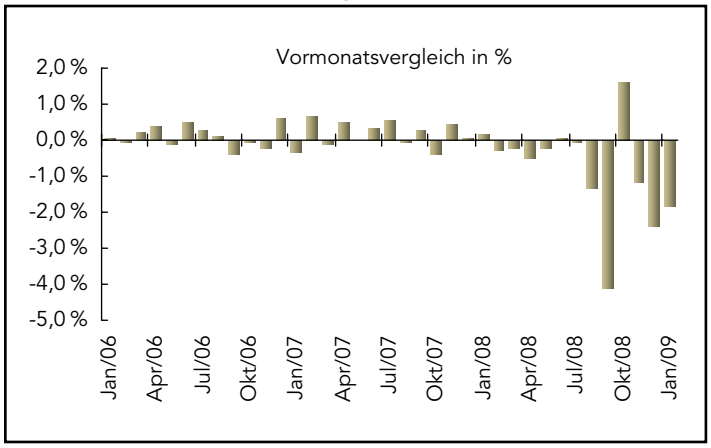
Die Importpreise sanken im Januar um 1,1 % gegenüber Dezember und um 12,5 % verglichen mit dem Vorjahr. Einmal mehr wurden die Einfuhrpreise durch die Preise für Energie und Basisgüter nach unten gezogen. In den Bereichen Investitions- und Konsumgüter stiegen die Preise gegenüber dem Vorjahr um 0,9 % beziehungsweise 1,5 %. Die Exportpreise erhöhten sich um 0,5 % – dank einer kräftigen Erholung von 6,2 % bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Bei Ausklammerung von Agrarprodukten zeigten sich die Einfuhrpreise dagegen unverändert gegenüber dem Vormonat.

Import- und Exportpreise



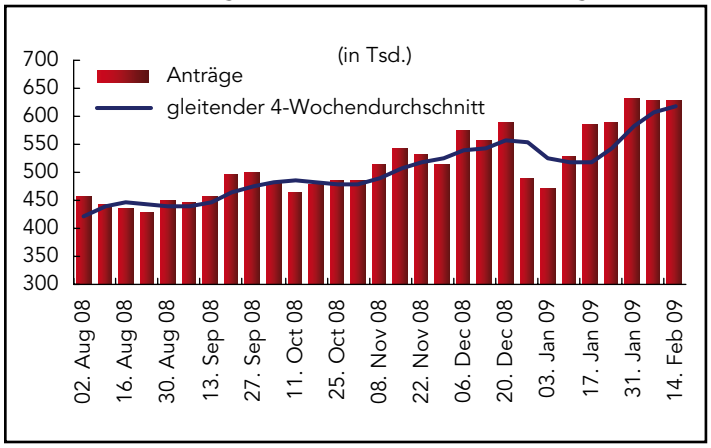
Die Industrieproduktion sank im Januar um 1,8 % im Vormonats- und 10 % im Vorjahresvergleich. Im verarbeitenden Gewerbe verringerte sich die Produktion um 2,5 % (Dezember: -2,9 %). Rückläufig war im Januar vor allem die Automobilfertigung, die um 23,4 % einbrach – Hintergrund war nicht zuletzt eine Produktionsunterbrechung bei General Motors während des gesamten Monats. Bei den Versorgern erhöhte sich die Produktion um 2,7 %, während die Bergbaubranche ein leichtes Minus von 1,3 % verzeichnete. In den wichtigsten Industriekategorien ging die Produktion zurück – mit Ausnahme der Bereiche Lebensmittel & Tabakprodukte und „Sonstige". Die Kapazitätsauslastung sank gegenüber dem Vormonat insgesamt von 73,3 % auf 72,0 %.

Industrieproduktion



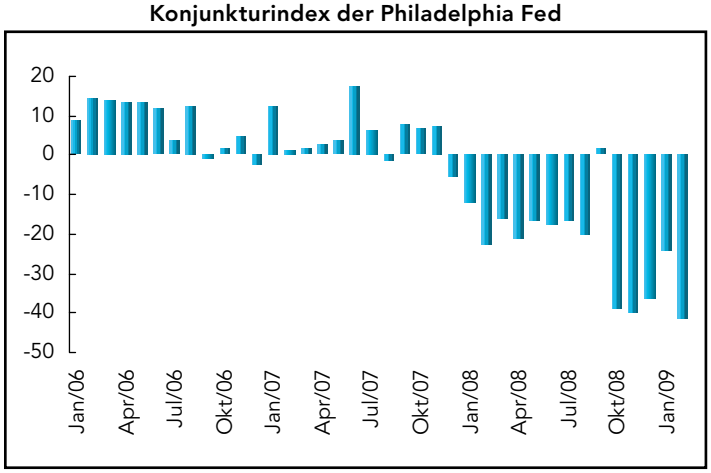
In der Woche bis zum 14. Februar lag die Zahl der Erstanträge auf Arbeitslosenunterstützung unverändert bei 627.000. Der gleitende 4-Wochendurchschnitt erhöhte sich um 10.500 auf 619.000, nachdem er in der Vorwoche bei 608.500 (revidierter Wert) gelegen hatte. Die Zahl der Folgeanträge stieg in der Woche bis zum 7. Februar um 170.000 auf 4,987 Mio. und nähert sich nun der Marke von 5 Mio. Der gleitende 4-Wochendurchschnitt der Folgeanträge legte um 92.500 auf 4,84 Mio. zu, nach 4,747 Mio. (revidierter Wert) in der Vorwoche.

Erstanträge auf Arbeitslosenunterstützung



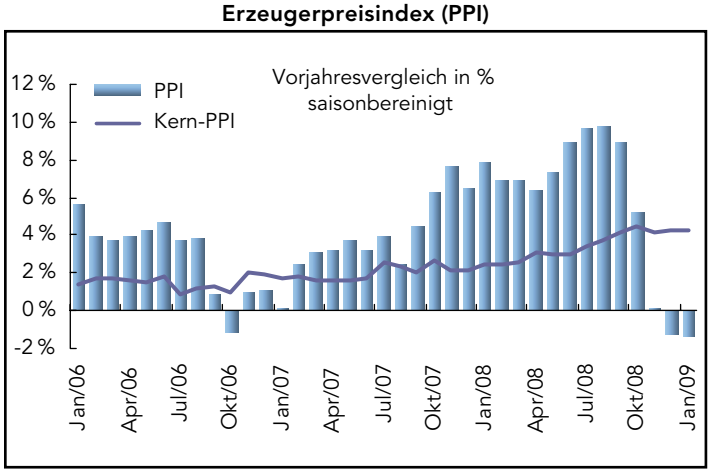
Der anhand einer monatlichen Umfrage der Regionalnotenbank von Philadelphia erstellte Index der allgemeinen Konjunkturlage in der Region verschlechterte sich im Februar um 17 Punkte auf -41,3. Rückläufig waren auch die Werte für Lieferungen, Bestellungen und unerledigte Aufträge. Die Preiskomponenten ließen erkennen, dass die Preise – auf der Input- wie auch auf der Outputseite – immer schneller sinken. Besonders schwach entwickelte sich jedoch der Beschäftigungsindex; er fiel um fast 7 Punkte auf -45,3. Die Einschätzung der allgemeinen Geschäftsaussichten für die nächsten sechs Monate verbesserte sich dagegen um über 8 Punkte auf 15,9.

Konjunkturindex der Philadelphia Fed



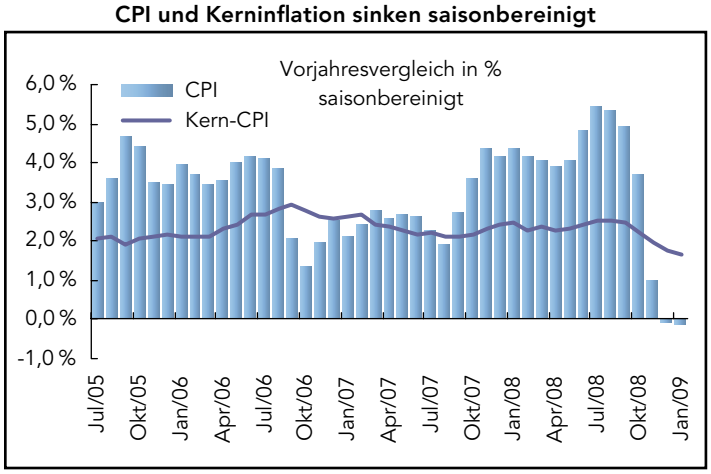
Der Erzeugerpreisindex stieg im Januar um 0,8 % gegenüber dem Vormonat, sank verglichen mit dem Vorjahr allerdings um 1,3 %. Der Kern-Erzeugerpreisindex stieg um 0,4 % gegenüber Dezember und um 4,2 % im Vergleich zum Vorjahr. Zurückzuführen war die Preissteigerung auf einen Anstieg der Energiepreise um 3,7 %. Im Lebensmittelsektor sanken die Preise im Vergleich zum Vormonat indessen um 0,4 %. Innerhalb der Kernrate erhöhten sich die Preise in den Kategorien Spielzeug, Sportartikel & Handfeuerwaffen (4,4 %), pharmazeutische Produkte (1,1 %) und Kleinlaster (0,5 %).

Erzeugerpreisindex (PPI)



Der Verbraucherpreisindex stieg im Januar um 0,3 % verglichen mit dem Vormonat, fiel jedoch um 0,2 % gegenüber Januar 2008. Beim Kernindex (ohne Lebensmittel und Energie) wurde ein Anstieg um 0,2 % im Vormonats- und 1,7 % im Vorjahresvergleich registriert. Im Energiebereich erholten sich die Preise um 1,7 %, angeführt von einem kräftigen Plus von 6,0 % bei Benzin. Die Lebensmittelpreise legten leicht um 0,1 % zu. Im Bereich der medizinischen Versorgung stiegen die Preise um 0,4 %. Die kalkulatorische Miete für Wohneigentum (Owners' Equivalent Rent – OER) erhöhte sich um 0,3 %.

CPI und Kerninflation sinken saisonbereinigt



Fazit und Ausblick

Die Anleger stellen sich zunehmend darauf ein, dass es keine schnelle Kur für das krisengeschüttelte globale Finanzsystem gibt. Am erschreckendsten ist wohl, dass einige der größten US-Banken möglicherweise verstaatlicht werden müssen. Die Aktienkurse fielen auf den tiefsten Stand seit vielen Jahren. Präsident Obama unterzeichnete sein Konjunkturprogramm mit einem Volumen von 787 Mrd. USD. In Berlin erklärte die Bundesregierung, sie werde schwächere europäische Länder unterstützen, und die Bank of England stellte Maßnahmen der quantitativen Lockerung in Aussicht, um die Verfügbarkeit von Krediten zu verbessern. Die Konjunkturdaten waren katastrophal.

In der kommenden Woche werden neue Daten über die wirtschaftliche Lage in den größten Volkswirtschaften veröffentlicht. In Japan werden uns Zahlen für die Industrieproduktion verraten, ob sich die steile Talfahrt des Sektors fortgesetzt hat, nachdem die Produktion im Dezember um 9,8 % und im November um 8,5 % eingebrochen war. Mit großer Spannung wird auch der Verbraucherpreisindex erwartet, der Auskunft darüber gibt, ob die japanische Wirtschaft in die Deflation abrutscht. Deutschland und Großbritannien werden ihre revidierten BIP-Schätzungen für das vierte Quartal veröffentlichen und dabei Datenmaterial vorlegen, das in den vorläufigen Zahlen nicht enthalten war.

Vorausschau: 23.–27. Februar 2009

Die folgenden Indikatoren werden in dieser Woche veröffentlicht …

Europa		
24. Februar	Deutschland	Ifo-Geschäftsklima (Februar)
25. Februar	Deutschland	Bruttoinlandsprodukt (Q4 2008, endgültige Schätzung)
	Großbritannien	Bruttoinlandsprodukt (Q4 2008, revidiert)
26. Februar	EWWU	Geldmenge M3 (Januar)
	Europäische Union	Konsum- und Geschäftsklima (Februar)
	Deutschland	Arbeitslosenquote (Februar)
27. Februar	EWWU	Arbeitslosenquote (Januar)
		Harmonisierter Index der Verbraucherpreise (Januar)
Asiatisch-pazifischer Raum		
25. Februa	Japan	Warenhandelsbilanz (Januar)
27. Februar	Japan	Ausgaben der privaten Haushalte (Januar)
		Arbeitslosenquote (Januar)
		Industrieproduktion (Januar)
		Einzelhandelsumsätze (Januar)
Amerika		
23. Februar	Kanada	Einzelhandel (Dezember)
24. Februar	USA	Verbrauchervertrauen (Februar)
25. Februar	USA	Hausverkäufe aus Bestand (Januar)
26. Februar	USA	Erstanträge auf Arbeitslosenunterstützung (Woche bis vorigen Samstag)
27. Februar	Kanada	Preisindex für Industrieerzeugnisse (Januar)
		Rohstoffpreisindex (Januar)
	USA	Bruttoinlandsprodukt (Q4 2008, vorläufiger Wert)
		Verbraucherstimmung (Februar)